

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Rhein-Neckar-Zeitung GmbH, Neugasse 2, 69117 Heidelberg
Internet: www.rnz.de. Erscheint werktäglich in 9 Ausgaben



Zustell-Service: Tel. (0 62 21) 5 19 - 13 00, Fax 5 19 - 9 13 00.
Anzeigen-Annahme: Tel. (0 62 21) 5 19 - 11 90, Fax 5 19 - 9 11 50.
Verlag und Redaktion: Tel. (0 62 21) 5 19 - 0, Fax 5 19 - 9 50 00.

HEIDELBERGER

NACHRICHTEN

74. Jahrgang / Nr. 214

Samstag/Sonntag, 15./16. September 2018

Einzelpreis 2,20 €

Erfolgreiche Bürger, leidende Demokratie

Soziologe Michael Hartmann vermisst Arbeiterkinder in der politischen Elite – Die Sensibilität für Ungerechtigkeiten gehe verloren

Von Sören S. Sgries

Heidelberg. Politische und wirtschaftliche Eliten als „die Abgehobenen“ schelten: Damit klingt Michael Hartmann arg populistisch. Doch dem 66-Jährigen, den Kritiker gern mal einen „klassenkämpferischen Soziologen“ nennen, geht es nicht ums Draufhauen auf „die da oben“. Der emeritierte Darmstädter Elitenforscher will sensibilisieren für eine Entwicklung, die die Gesellschaft spalten könnte: die Dominanz des akademischen Bürgertums. Man kann das absurd finden. Schlicht gedacht. Doch Hartmann kann recht plausibel darlegen, warum vielleicht doch ausgerechnet das Bürgertum die „Mutter aller politischen Probleme“ sein könnte.

Erste Feststellung: Die soziale Ungerechtigkeit nimmt zu in Deutschland. Ab Ende der 90er-Jahre „sind die Einkommen deutlich auseinandergelaufen“, sagt Hartmann. Die Einkommen der oberen zehn Prozent seien bis 2015 um real 17 Prozent gestiegen, während gleichzeitig das untere Zehntel 14 Prozent seines Einkommens verloren habe. „Trotz guter Konjunktur, trotz geringer Arbeitslosigkeit kam es nicht wieder zu einer merklichen Annäherung“, so Hartmann. Zahlen des Paritätischen Sozialverbands auf Grundlage des Mikrozensus zeigen einen Anstieg der Armutsquote zwischen 2005 und 2015 von 14,7 auf 15,7 Prozent, obwohl zeitgleich Arbeitslosen- und Hartz-IV-Quote gesunken sind (um 5,3 bzw. 1,5 Prozentpunkte).

Zweite Feststellung: Großbritannien und die USA erlebten die gleiche Entwicklung rund anderthalb Jahrzehnte früher. Hartmann verweist auf die neoliberale Politik Thatchers und Reagans. In Deutschland setzte diese Linie sich erst unter SPD-Kanzler Gerhard Schröder durch. Bis Mitte der 90er, nennt Hartmann ein Indiz, blieben die Einkommen der DAX-Vorstände relativ stabil beim 14-fachen Durchschnittseinkommen ihrer Unternehmensbeschäftigten. Inzwischen erhalten sie das 54-fache. Top-Verdiener der DAX-Vorstandsvorsitzenden: Bill McDermott (SAP), der 2017 insgesamt 22 Mio. Euro bekam.

Dritte Feststellung: Mit dem Kabinett des sozialen Aufstiegers Schröder wandelte sich das Rekrutierungsmuster für

Spitzenpolitiker. Arbeiterkinder stellten seitdem, anders als früher, nur noch eine deutliche Minderheit der Minister.

Hartmann ist überzeugt, dass das Auswirkungen hat. Arbeiterkinder hätten „eine erheblich größere Sensibilität für soziale Ungerechtigkeit“, verweist er auf eine Erhebung aus dem Jahr 2012. Deshalb habe die Zusammensetzung der politischen Elite „natürlich Einfluss auf das politische Handeln“.

Im Wahlvolk wiederum sieht das untere Drittel keine Chance mehr, eigene Interessen durchzusetzen. „Die Folge ist keine Rebellion, sondern Resignation“, so Hartmann. Man geht gar nicht erst zur Wahl – oder setzt auf rechtspopulistische Parolen. Die Gesellschaft zerfällt. > Interview S. 21

auf den folgenden Seiten das Interview (Langfassung)

Das Interview ist hier in der Fassung von www.rnz.de dokumentiert;
in der Zeitung erschien eine gekürzte Fassung.

"Oberklasse-Politiker machen Politik für die Oberklasse"

Soziologe Michael Hartmann: Arbeiterkinder sind sensibler für soziale Ungerechtigkeit als Bürgerkinder - Unteres Bevölkerungsdrittel sieht sich nicht mehr vertreten

Von Sören S. Sgries



Angela Merkels erstes Kabinett (2005-09) gilt dem Elitenforscher Hartmann als "Höhepunkt der Verbürgerlichung der politischen Elite": Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (l.) galt als der "reichste Minister, den die Bundesrepublik je hatte", wie es damals hieß. Und bis heute ist regiert Ministerpräsidententochter Ursula von der Leyen (r.) mit. Derzeit als Verteidigungsministerin.

Archivfoto (2009): Jochen Lübke

"Ich bin überzeugt, dass eine repräsentative Vertretung der unteren zwei Drittel der Bevölkerung durchaus Auswirkungen auf die politischen Entscheidungen hätte", sagt Michael Hartmann.



Foto: Sven Ehlers/Verlag Campus

Heidelberg. Politische und wirtschaftliche Eliten als „die Abgehobenen“ schelten: Damit klingt Michael Hartmann arg populistisch. Doch dem 66-Jährigen, den Kritiker gern mal einen „klassenkämpferischen Soziologen“ nennen, geht es nicht ums Draufhauen auf „die da oben“. Der emeritierte Darmstädter Elitenforscher will sensibilisieren für eine Entwicklung, die die Gesellschaft spalten könnte: die Dominanz des akademischen Bürgertums.

Hartmann kann recht plausibel darlegen, warum vielleicht doch ausgerechnet das Bürgertum die „Mutter aller politischen Probleme“ sein könnte. Arbeiterkinder hätten „eine erheblich größere Sensibilität für soziale Ungerechtigkeit“, verweist er auf eine Erhebung aus dem Jahr 2012. Deshalb habe die Zusammensetzung der politischen Elite „natürlich Einfluss auf das politische Handeln“.

Im Wahlvolk wiederum sieht das untere Drittel keine Chance mehr, eigene Interessen durchzusetzen. „Die Folge ist keine Rebellion, sondern Resignation“, so Hartmann. Man geht gar nicht erst zur Wahl – oder setzt auf rechtspopulistische Parolen. Die Gesellschaft zerfällt.

Prof. Hartmann, wenn wir "Elite" hören, denken wir an "die Besten". Eine richtige Definition?

Nein. Eliten, das sind für die Wissenschaft die Personen, die qua Amt oder qua Eigentum in der Lage sind, gesellschaftliche Entwicklungen maßgeblich zu beeinflussen. Der Begriff "maßgeblich" ist nicht hundertprozentig trennscharf. Es gibt einzelne Streitfälle. Aber in Deutschland sind das maximal 4000 Personen.

Sie fokussieren in Ihrer Betrachtung auf Politik und Wirtschaft. Sind das schon immer die beiden maßgeblichen Bereiche?

Ja. Die beiden wichtigsten und einflussreichsten Sektoren sind immer Wirtschaft und Politik gewesen. Aber auch die Justiz ist sehr einflussreich. Wenn das Bundesverfassungsgericht Urteile fällt, können sich dem auch Politik und Wirtschaft nicht entziehen. Auch die Verwaltungselite zähle ich noch zu den vier zentralen Eliten.

Dass Politik und Wirtschaft maßgeblich für die Entwicklung eines Landes sind, erscheint recht einleuchtend. Mit Ihrem Buch "Die Abgehobenen" problematisieren Sie das allerdings - und beobachten eine zunehmende Entfremdung von der Bevölkerung.

Wir erleben gerade eine Phase - und das nicht nur in der Bundesrepublik - wo sich die Eliten zunehmend von der Bevölkerung wegbewegen. Ihre Lebensbedingungen und ihre Rekrutierung sind, vor allem im politischen Bereich, sozial exklusiver geworden. Zwei Drittel der Elite-Angehörigen gehören zu den oberen vier Prozent der Bevölkerung. Sie kennen Reichtum und Wohlstand aus ihren Familien. Ihre Väter saßen auch schon in Machtpositionen. Zu diesem Erbe kommt jetzt das eigene hohe Einkommen, die hohe eigene Position. In dieser Kombination ist der Unterschied zur Bevölkerung groß - und er wächst kontinuierlich.

Wurden in Deutschland nicht vor 80 Jahren alle bisherigen Muster zerschlagen, so dass es klar definierte Eliten-Schichten gar nicht geben dürfte?

Man glaubt immer, nach dem Zweiten Weltkrieg wäre die Stunde Null gewesen. Korrekt ist: Es gibt eine ungeheure personelle Kontinuität zwischen der Nazizeit und der frühen Bundesrepublik bis in die späten 60er-Jahre hinein. In der Wirtschaftselite hat es überhaupt keine nennenswerten Wechsel gegeben, ähnlich in Justiz und Verwaltung. Am stärksten verändert hat sich die politische Elite. Die Nazi-Politiker konnten nicht mehr antreten. Sie waren schließlich bekannt - anders als Verwaltungs-, Wirtschafts- oder Justizeliten. Im Großen und Ganzen aber sind Eliten erstaunlich stabil.

Woher kommt diese Stabilität?

Wer in einer Machtposition sitzt, glaubt, dass er da der richtige Mann am richtigen Platz ist. Warum sollte er dann einen anderen Menschentyp als Nachfolger suchen? Schaut man sich die 100 größten Unternehmen in Deutschland an, gibt es seit Jahrzehnten das gleiche Bild: Vier von fünf Spitzenleuten stammen aus dem "Bürgertum". Die Politik ist der Gegenpol. Da muss man gewählt werden und durch alle Parteinstanzen gehen. Aber auch dort ist es enger geworden: Die Arbeiterschaft war früher deutlich besser repräsentiert als es heute der Fall ist, weil die Akademisierung der Parteien deutlich fortgeschritten ist. Im Bundestag haben 90 Prozent der Abgeordneten einen Hochschulabschluss, in der Bevölkerung sind es gerade 15 Prozent.

Also Elite-Schulen, Hochschulen, Clubs spielen keine Rolle?

Nein. In Deutschland nicht. Der Bildungsbereich ist zwar eine Art "Grobsieb": Sie kommen heute in Elitepositionen kaum noch ohne Hochschulabschluss rein. Selbst bei Gewerkschaften und der Bundeswehr gibt es dort inzwischen einen Anteil von 50 bis 60 Prozent mit Studienabschluss. Der zweite Filter ist die Promotion. Aber es gibt keine einzige Institution, durch die die Chance auf eine Spitzenposition exponentiell steigt - so wie es die Verwaltungshochschule ENA in Frankreich ist, oder "Oxbridge", also die britischen Universitäten von Oxford und Cambridge.

Sie haben insbesondere die Schröder-Regierungsjahre und die neoliberale Wende im Blick, wenn es um die Entfremdung von Eliten und Bevölkerung geht. Warum?

Man muss nur sehen, was sich in Deutschland bei der Einkommensentwicklung getan hat. Ab Ende der 90er-Jahre hat es eine deutliche und bis heute andauernde Veränderung gegeben: Die Einkommen sind deutlich auseinandergelaufen. Und trotz guter Konjunktur, trotz geringer Arbeitslosigkeit kam es nicht wieder zu einer merklichen Annäherung. In den anderthalb Jahrzehnten bis 2015 hat in Deutschland das obere Zehntel 17 Prozent real dazugewonnen. Die unteren zehn Prozent haben im gleichen Zeitraum 14 Prozent verloren.

Sie machen die bürgerliche Herkunft der Politiker verantwortlich und verweisen etwa auf Unternehmer- und Ministerpräsidenten-Tochter Ursula von der Leyen. Welches Interesse hat aber eine "Pastorentochter" wie Angela Merkel daran, Politik für die Oberschicht zu machen?

Es stimmt, dass es einen Unterschied macht, ob der Vater Pfarrer oder Studienrat war, oder großer Unternehmer. Aber grundsätzlich gab es in der Vätergeneration ein relativ geschlossenes bürgerliches Milieu, in dem zu bestimmten gesellschaftlichen Fragen ein breiter Konsens herrschte. Dazu zähle ich etwa einen eher laxen Umgang mit steuerlichen Angelegenheiten - auch wenn nicht jeder Steuern hinterzogen hat.

Und Angela Merkel...

Angela Merkel könnte man schon durch ihre DDR-Vergangenheit auf den ersten Blick anderen Kreisen zuordnen. Aber schauen Sie genauer hin: In der DDR gab es nur zwei Berufsgruppen, die die bürgerlichen Traditionen aufrecht gehalten haben - die Pfarrer und die Ärzte. Dementsprechend spielt für ihren schnellen Aufstieg auch eine Rolle, dass sie einen Anschluss an das bundesrepublikanische Milieu qua eigener Herkunft hatte. Das wäre etwas völlig anderes gewesen, wenn ihr Vater Schlosser im Maschinenkombinat gewesen wäre. Trotz der langen DDR-Zeit war die Integration für Leute aus diesem kleinen bürgerlichen Milieu einfacher möglich.

Hätten wir eine andere Demokratie, einen anderen gesellschaftlichen Zusammenhalt mit mehr Arbeiterkindern in einflussreichen Positionen?

Das ist keine Gleichung, die zwingend so aufgehen muss. Ich argumentiere mit Wahrscheinlichkeiten. Wir haben 2012 rund 1000 Leute in den wichtigsten Positionen befragt. Nicht jedes Arbeiterkind hat soziale Gerechtigkeit anders empfunden als der Milliardär, den wir befragt haben. Aber im statistischen Schnitt haben die Arbeiterkinder - und zwar in allen Bereichen - eine erheblich größere Sensibilität für soziale Ungerechtigkeit gehabt als die Bürgerkinder. Man konnte sagen: Je reicher und wohlhabender jemand aufgewachsen war, umso weniger empfand er soziale Ungleichheit als Problem. Vor diesem Hintergrund ist die Annahme berechtigt, dass die Zusammensetzung der politischen Elite natürlich Einfluss hat auf das politische Handeln.

Ist es nicht unfair, Politikern die Fähigkeit abzuspochen, auch gut für andere zu handeln?

Ich habe ein schönes aktuelles Beispiel dafür, wie eigene Wahrnehmung die Entscheidungen prägt: Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat einen Gesetzentwurf präsentiert, wonach die Aids-Prophylaxe von den Krankenkassen zu bezahlen ist. Da merkt man einfach, dass er selbst zu der am stärksten betroffenen Personengruppe gehört. Damit hat er ein völlig anderes Empfinden für diese Problematik als sein Vorgänger Hermann Gröhe. So geht das auch mit anderen Fragen, die für mich zentraler sind: soziale Ungerechtigkeit, Steuern, Arbeitslosigkeit. Deshalb bin ich überzeugt, dass eine repräsentative Vertretung der unteren zwei Drittel der Bevölkerung durchaus Auswirkungen auf die politischen Entscheidungen hätte.

Ist ein solcher Effekt belegt?

In den USA gibt es viele Studien, die das über sehr lange Zeiträume beobachten. Nicht bei jeder Entscheidung, aber in den meisten Fällen machen Oberklasse-Politiker auch Politik für die Oberklasse. Auch im Entwurf für den Armutsbericht der Bundesregierung stand diese Erkenntnis ursprünglich drin: Alle die politischen Ziele, die besonders hohe Akzeptanz beim unteren Teil der Bevölkerung hatten, hatten die geringste Chance, durchgesetzt zu werden, und umgekehrt.

Ist das nicht rätselhaft: Müsste in einer Demokratie nicht eher Politik erfolgreich sein, die einer Mehrheit in der Bevölkerung dient?

Die Leute im unteren Drittel der Bevölkerung haben weniger Durchsetzungschancen. Sie sind in den Parteien deutlich unterrepräsentiert. Es gibt keine Pendants zu Ärzteverbänden, zu Hausbesitzerverbänden. Wenn, dann waren es die Gewerkschaften. Aber auch die haben sich immer mehr auf ihre Kernanhängerschaft konzentriert - etwa die Industriearbeiter in der exportstarken Metallindustrie. Und die Gewerkschaften haben Probleme, im Dienstleistungssektor eine Macht aufzubauen. Die Folge ist keine Rebellion, sondern Resignation. Politik ist für diese Menschen dann abgehakt: "Die da oben interessieren sich eh nicht für uns - also müssen wir auch nicht wählen gehen." Je ärmer und bildungsferner die Bevölkerung in einem Bezirk ist, umso höher ist die Wahlenhaltung. Oder sie setzen auf rechtspopulistische Parolen.

Sie sprechen in Ihrem Buch Karl-Theodor zu Guttenberg an: Adlig, steinreich - und trotzdem höchst beliebt. Warum die Faszination für solche Politikertypen?

Das ist dasselbe wie die Faszination für Fernsehsendungen über Adelshäuser: ein bisschen Weltflucht. Allerdings ist seine Popularität auch schnell eingebrochen, als die Schummelei bei seiner Promotion ans Licht kam. Glamour ist ja schön und gut - aber an bestimmte Regeln sollte sich dann doch jeder halten.

Traut man nicht Menschen, die privat erfolgreich sind, auch zu, dass sie einfach auch wissen, wie Politik, wie eine Gesellschaft Erfolg haben kann?

Das war früher stärker der Fall. Margaret Thatcher und Ronald Reagan hatten eine große Akzeptanz, als sie in den 80ern ihre neoliberale Politik installierten, weil nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung diese Machertypen sehr schätzten. Es funktioniert aber nur so lange, wie die Maßnahmen der breiten Bevölkerung zugute kommen. Über die lange Dauer ist der Glaube an die neoliberale Politik abhanden gekommen. Jetzt herrscht eher das Gefühl vor: Erfolgreiche machen zwar erfolgreiche Sachen - aber vor allem für sich selbst. Wenn ein Manager krasse Fehlentscheidungen trifft, gibt es eine riesige Abfindung - und der normale Arbeiter muss es ausbaden.

Als Chance für die Demokratie sehen Sie eine Wende im Zeitgeist. Bei der letzten Bundestagswahl sah es noch nicht so aus, als würden kritische Parteien besonders profitieren.

In den USA, in Großbritannien haben wir seit vier Jahrzehnten eine radikale neoliberale Politik erlebt. Zwei Generationen kennen nur diese Politik. Deren Versprechungen haben sich aber erschöpft - deshalb ist dort die Mehrheitsstimmung gekippt. In Deutschland haben wir zwar eine gewisse Unzufriedenheit. Aber die Menschen sehen sich um und stellen fest: Im europäischen Vergleich stehen wir doch ganz gut da. Es hat sich vieles verschlechtert, aber in Spanien, Italien oder Großbritannien ist es deutlich schlimmer. Deshalb scheinen wir noch ein Stück davon entfernt, dass der Zeitgeist sich dreht. Jetzt, mit dem Rechtspopulismus, haben wir allerdings erstmals die Situation, dass sich im Parteiensystem ernsthaft etwas verschiebt.

Wer müsste denn eine solche politische Wende anführen?

Zumindest im Westen der Republik gibt es bisher eine feste Zuständigkeit für soziale Gerechtigkeit. Und die liegt bei der SPD. Wenn die SPD signalisiert "Wir machen was", dann strömen die alten, enttäuschten SPDler sofort zurück. Das hat der "Schulz-Hype" gezeigt. Aber die SPD treibt das nicht glaubhaft voran. Hätte Schulz den anfänglichen Kurs konsequent fortgesetzt, hätte der Höhenflug deutlich länger angehalten.

Sie blicken mit einigem Wohlwollen auf ein Umdenken bei Labour in Großbritannien. Ist Deutschland, ist die SPD bereit für einen Corbyn?

Derzeit nicht. Jeremy Corbyn hat außerdem in zweierlei Hinsicht Voraussetzungen, die es in Deutschland nicht gibt. Das eine ist das Mehrheitswahlrecht. Wenn du bei Labour etwas änderst, kannst du auch im ganzen Land etwas ändern, denn es fehlen Koalitionswänge. Das zweite: Corbyn ist von der kompletten Labour-Parteiführung unterschätzt worden. Im Grunde war er als Pappkamerad aufgestellt, damit es nach außen nach einer echten Wahl aussah. Dann hat er deutlich besser abgeschnitten, als das irgendein Beobachter erwartet hätte. Und jetzt sitzt er fest im Sattel.

Kein Vergleich zur SPD?

Wir haben zwar in der Bevölkerung einen ähnlichen Vertrauensverlust in die SPD, aber keinen vergleichbaren Mitgliederschwund. Labour hat unter Blair und Brown drei Viertel ihrer Mitglieder verloren. Knapp 160.000 blieben am Schluss übrig. Bei der SPD sind es immer noch knapp 460.000. An der SPD-Basis gibt es aber eine große Sehnsucht nach sozialpolitisch linken Positionen, die auch geäußert wird. Dann kommen allerdings die oberen Funktionsträger. Sie stellen dar, wie erfolgreich doch eigentlich die bisherige Politik war. Unten bleibt zwar Unmut. Aber es fehlt die Bereitschaft, die Oberen wirklich abzulösen. Das gesamte Führungspersonal der SPD ist mit der Schröder-Politik mehr oder weniger intensiv verbandelt. Scholz, Nahles, Heil. Sie alle müssten einen radikalen Bruch mit ihrer eigenen Vergangenheit machen. Und das ist unwahrscheinlich.

Die Eliten, die Parteien, merken ja auch, dass das gesellschaftliche Klima schwieriger wird. Ist eine Besserung perspektivisch absehbar?

Für die drei Jahre bis zur nächsten Bundestagswahl bin ich eher skeptisch. Man kann es nie sicher sagen. Die Studentenbewegung 1967/68 hat auch niemand für möglich gehalten. Es gab 1961 eine große, sehr gut gemachte Studie über die deutschen Studenten am Beispiel von Frankfurt. Das Ergebnis: 66 Prozent sind unpolitisch, 16 Prozent haben ein klar autoritäres Potenzial und ganze 9 Prozent ein klar demokratisches. Auf der Basis hätte man 1968 nicht einmal ansatzweise erahnen können. Auch jetzt gibt es eine Unruhe, einen Wunsch, dass sich etwas in Richtung soziale Gerechtigkeit ändern sollte. Aber es ist nicht organisiert.

Letztes Thema: Welche Rolle spielen Medien?

Bei den Medieneliten - und das sind in meiner Betrachtung nur wenige Herausgeber oder Chefredakteure - erfolgt die Rekrutierung im privaten Bereich genauso exklusiv wie in der Wirtschaft. In den Öffentlich-Rechtlichen ist es ähnlich wie in der Politik.

Ist die harte Kritik der Populisten an der Presse gerechtfertigt?

Den Begriff "Lügenpresse" halte ich für völlig falsch. "Lügenpresse" heißt ja, da sitzen Leute, die bewusst lügen. Aber darum geht es nicht. Das Problem ist, dass Journalisten die Wirklichkeit gefiltert durch ihre soziale Herkunft und ihre Position wahrnehmen. Es gibt speziell im politischen Journalismus den Trend, dass alles in Zentralredaktionen in Berlin gemacht wird. Dort bewegt man sich in sehr engen Kreisen. Das prägt die Wahrnehmung. Hinzu kommt ökonomischer Druck. Zeit zur Recherche fehlt.